

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 77 (2002)
Heft: 9

Artikel: Aktuelle militär- und aussenpolitische Veränderungen Russlands
Autor: Kläy, Dieter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-716043>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle militär- und aussenpolitische Veränderungen Russlands

Zwei Jahre seit Machtübernahme Putins

Zwei Jahre nach seinem offiziellen Amtsantritt kann der russische Präsident Wladimir Putin eine grosse Mehrheit der Bevölkerung Russlands hinter sich wissen. Der Nachfolger Jelzins sitzt fest im Sattel. Wo steht Russland militär-, sicherheits- und aussenpolitisch im Frühjahr 2002?

Bereits vor seiner Wahl zum Präsidenten im März 2000 unterzeichnete Putin Anfang Januar 2000 ein neues Sicherheitskonzept. Gemäss der Neufassung behält sich Russland den Einsatz von Nuklearwaffen vor, wenn im Falle einer bewaffneten Aggression alle anderen Mittel erschöpft sind oder sich als unwirksam erwiesen haben.

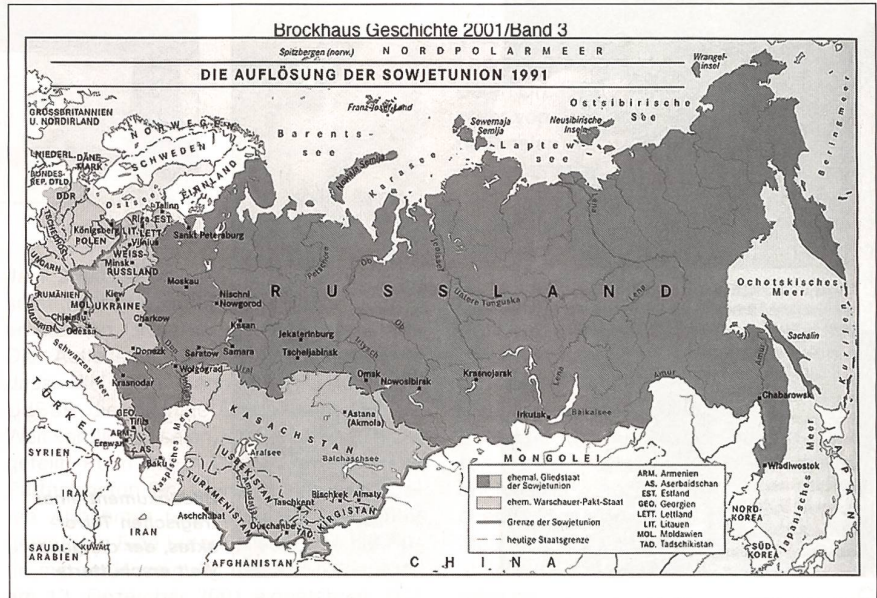


Major Dieter Kläy,
Winterthur

Im neuen Dokument rückt die Bedeutung der wirtschaftlichen Situation in den Vordergrund. Militärpolitisch markiert Putin eine neue Epoche. Die Streitkräfte, die Rüstungsindustrie und die Rolle des Staates werden aufgewertet. Ausserdem hat er eine Reihe von Verordnungen zur Steigerung der Wehrfähigkeit erlassen. Dazu gehören die Wiedereinführung des militärischen Unterrichtes an den Schulen und Hochschulen und die Einberufung der Hochschulabsolventen in die Armee. Putins Schlüsseldokumente 2000 sind das Konzept Nationaler Sicherheit vom 10. Januar, die Seedoktrin vom 4. März, die Militärdoktrin vom 21. April und das aussenpolitische Konzept vom 28. Juni 2000.

Qualitäts- und Finanzprobleme

Über Militärreformen wird in Russland seit Jahren debattiert. Die Entwicklung der russischen Armee ist eine Geschichte des Niedergangs und des Zerfalls. Nach dem verlorenen Krieg in Afghanistan (1979–1989) und dem Debakel in Tschetschenien (1994–1996 sowie seit 1999) ist das Prestige der Armee verblasst. Seit der Neubildung der russischen Streitkräfte im Mai 1992 kämpft das Verteidigungssystem mit Qualitätsproblemen. Seit damals sind gegen eine Million Mann aus den Streitkräf-



Übersichtskarte: Die Auflösung der Sowjetunion 1991.

ten ausgetreten oder entlassen worden. Gemäss Untersuchungen dürften schätzungsweise 70% der aus dem Wehrdienst Ausgeschiedenen Schwierigkeiten haben, eine neue Tätigkeit zu finden. Unregelmässige Soldauszahlungen fördern soziale Probleme. Viele Militärs gehen einer Nebenbeschäftigung nach. Tiefe Moral und Disziplin, ungenügende Gefechtsbereitschaft und mangelhafte Bewaffnung bilden weitere Problem-bereiche. In den Landstreitkräften werden

die Ausbildungsziele nur zu 60 bis 70% erfüllt. Den Piloten fehlt der Treibstoff für genügend Übungsflüge. Der Staat ist kaum in der Lage, die Armee mit materiellen und finanziellen sowie personellen notwendigen Ressourcen auszustatten.

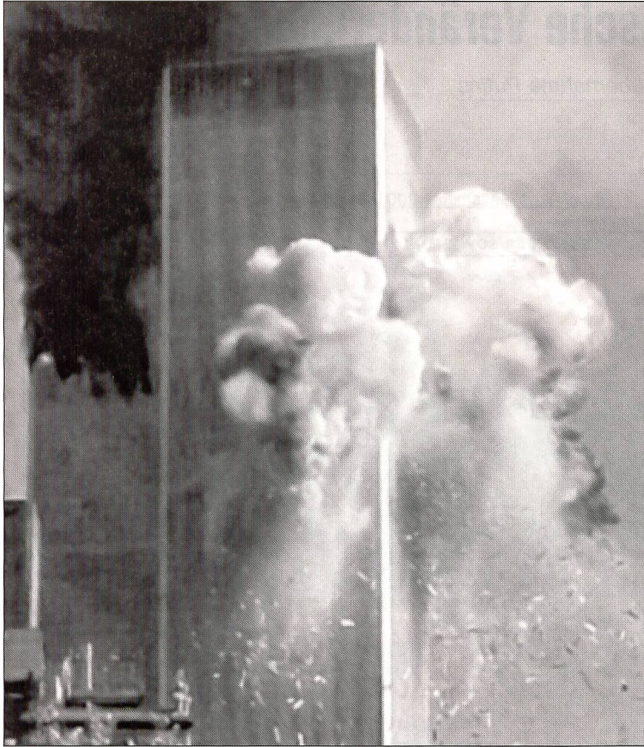
Neue Militärdoktrin

Die neue Militärdoktrin Putins vom 21. April 2000 gliedert sich in einen militärpolitischen, einen militärstrategischen und einen militärökonomischen Teil. Bei der Behandlung der äusseren Bedrohung wird zunächst auf die Gefahr einer direkten militärischen Aggression in traditionellen Formen Befund genommen. Unter den heutigen Umständen wird eine direkte Aggression gegen Russland als wenig denkbar angesehen. Die Frage, ob und wie reguläre Streitkräfte im Innern eingesetzt werden sollen, ist durch die Praxis im Kaukasus beantwortet worden. Viel stärker als früher wird der Begriff der Bedrohung nicht nur auf die Möglichkeiten eines bewaffneten Angriffs bezogen, sondern auf die Gefährdung nationaler Interessen. Bei der Aufzählung dieser Gefahren wird vor allem auf den Terrorismus verwiesen.

Im Zusammenhang mit der neuen Doktrin nehmen die Nuklearwaffen eine wichtige Position ein. Russland behält den Status als Nuklearmacht zur Abschreckung. Moskau behält sich das Recht auf Einsatz von Nuklearwaffen als Antwort auf die Anwendung von Nuklearwaffen und andere Arten von Massenvernichtungswaffen gegen Russland und seine Verbündeten sowie als



Russischer Jagdbomber SU-271.



Bilddokument eines tragischen Terroraktes, der die ganze Welt erschütterte.

Antwort mit Einsatz von nur konventionellen Waffen in kritischen Situationen für die nationale Sicherheit vor. Damit wird der Kernwaffeneinsatz nicht nur als Reaktion auf einen atomar geführten Angriff, sondern auch als Ersteinsatz für den Fall angedroht, dass der Angreifer chemische oder biologische Waffen verwendet, in letzterem Fall jedoch unter zwei Voraussetzungen: einer grossmassstäblichen Aggression und beim Entstehen einer kritischen Situation für die nationale Sicherheit Russlands.

Russlands Anspruch, eine Grossmacht zu sein, kommt nicht nur im Festhalten am Status einer Nuklearmacht zum Ausdruck. Moskau formuliert auch den Anspruch, die «verbündeten» GUS-Staaten zu führen. Die Doktrin fordert eine Festigung des Systems der kollektiven Sicherheit im Rahmen der GUS. Russland misst der Entwicklung und Festigung der Beziehungen zu diesen Staaten prioritäre Bedeutung zu.

Der militärisch-strategische Teil der Doktrin macht Aussagen zum Charakter der heutigen Kriege. Unterschieden wird zwischen bewaffneten Konflikten und wirklichen Kriegen. Jene, die gegen die Normen des Völkerrechtes und gegen die UNO-Charta verstossen, führen einen ungerechten Krieg. Die andere Partei, die einer Aggression ausgesetzt ist und nur ihr Recht auf Selbstverteidigung wahrnimmt, einen gerechten. Ebenfalls unterschieden wird zwischen konventionellen und nuklearen Kriegen. Unterschieden wird auch der lokale und der regionale Krieg. Die Doktrin lässt offen, welche der genannten Kriegsorten eine höhere oder geringere Wahr-

scheinlichkeit besitzen. Keiner Gefechtsart, also auch nicht der Verteidigung, wird Priorität verliehen. Heute müssen die Streitkräfte zu defensiven und offensiven Handlungen gleichermassen in der Lage sein und auch unter Bedingungen des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen kampffähig bleiben.

Unter führenden Militärs wird eine Auseinandersetzung um verschiedene Denkschulen bezüglich künftiger Entwicklung der Doktrin ausgetragen. Die Befürworter einer starken nuklearen Abschreckung stehen den «kämpfenden Generälen» gegenüber, die vor allem konventionell mit modernen nichtnuklearen Waffen aufrüsten wollen. Eine weitere Gruppe sieht die Hauptbedrohung vor allem in lokalen Krisenherden.

Etappen der Militärreform

Im Hinblick auf eine Optimierung der Streitkräfte soll bis 2005 ein ganzes Paket von Massnahmen umgesetzt werden. Am 9. November 2000 hat der Nationale Sicherheitsrat folgende Schritte festgelegt:

- Reduktion der Streitkräfte um weitere 350 000 Mann in der Administration und Logistik.
- Reduktion der Anzahl grosser Verbände
- Bis 2008 Reduktion der strategischen Sprengköpfe von 6400 auf 1500.
- Bildung von zwei Kampfgruppen für Operationen in Zentralasien und im Kaukasus.

Ende März 2001 folgte auf Verteidigungsminister Igor Sergejew ein Mann, der nicht die Ränge der Armee durchlaufen hat. Mit

der Berufung Sergej Iwanows, dem früheren Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates, hat ein KGB-Vertreter die Gewalt übers Militär übernommen. Der ehemalige Generalleutnant, der zwei Jahrzehnte lang unter anderem in Afrika und Nordeuropa Auslandsaufklärung betrieb, soll die Militärreform vorantreiben und eine wirkungsvolle Berufsarmee formen.

Modernisierung der russischen Flotte

Seit dem Zusammenbruch der UdSSR hat die russische Flotte kontinuierlich an Kriegsschiffen und U-Booten verloren. Mit der Katastrophe der Kursk im August 2000 ist der Tiefpunkt erreicht worden. Aus wirtschaftlichen Gründen mussten die Bestände in den Neunzigerjahren massiv verkleinert werden. Verglichen mit 1990 sind etwa ein Zehntel der Fregatten und dieselgetriebenen U-Boote um ca. 80% reduziert worden. Entsprechend sind Ausbildung, Training und die operativen Fähigkeiten eingeschränkt worden. Jetzt gibt es Anzeichen, dass Putin auch bei der Marine energische Reformschritte durchsetzt. Der Kern der Seedoktrin besteht darin, dass

- Russland der Zugang zu den Weltmeeren erhalten bleibt,
- gegen diskriminierende Aktionen wie z. B. Blockaden wirksam begegnet werden kann,
- in wichtigen Regionen entsprechende militärische Präsenz gezeigt werden kann.

Regionale Konflikte und die Folgen des 11. September 2001

Allein zwischen 1994 und heute sind im Raum der Ex-Sowjetunion gegen 30 bewaffnete Konflikte aufgeflammt, wovon die beiden Kriege in Tschetschenien 1994 bis 1996 und seit 1999 die für Russland verheerendsten seit dem Afghanistandebakel (1979 bis 1989) sind. Putin beschwört, mit Hilfe der Armee den Zerfall Russlands aufzuhalten und die «Stützpunkte und Gruppen des internationalen Terrorismus» auszuschalten. Seit dem 11. September 2001, als die USA Ziel terroristischer Aktivitäten geworden ist, ist im Verhältnis Russlands zum Westen eine Zäsur auszumachen. Nicht nur sind klare Worte der Solidarität mit den USA gefallen, auch hat man in Moskau laut über eine militärische Unterstützung der Antitaliban-Koalition nachgedacht. Das aussenpolitische Pendel ist klar in Übereinstimmung mit den USA geschwenkt. Folgende Gründe könnten Ursache für diesen Stimmungswechsel sein:

- Das Ausmass der Verwundbarkeit, das letztlich auch Moskau fürchten muss.
- Ein willkommen Grund, von den Problemen in Tschetschenien abzulenken.



Die legendäre Kursk.

- Die Einsicht, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus wirklich gemeinsam angegangen werden muss.
- Die Gunst der Stunde wird genutzt, um sich im neuen Sicherheitsgeflecht in eine bessere Position zu manövrieren. Die Briten haben die Idee lanciert, den bestehenden Nato-Russlandrat enger in die Nato einzubinden und ihm eine höhere Bedeutung zu geben.

Aussenpolitische Offensiven

Unter Putins Regentschaft sind aussenpolitische Offensiven erfolgt. Besonders im

Jahr 2000 entwickelte er eine aktive Reisetätigkeit. Wo immer nur möglich pochte er auf den Grossmachtstatus Russlands. Die Auffassung der monopolaren Welt, dass die USA nach dem Zerfall der UdSSR die alleinige Grossmacht auf der Welt verblieben seien, wird in Moskau nicht geteilt. Putin hat in China und Iran neue Partner gefunden. China ist zum wichtigsten Abnehmer russischer Rüstungsgüter geworden. Eine bittere Niederlage hat Putin mit der Kündigung des ABM-Vertrages am 13. Dezember 2001 eingefahren. Das Abrüstungsabkommen stand den amerikanischen Plänen zum Bau eines Raketen-

abwehrsystems im Weg. Russland hat den ABM-Vertrag immer als wichtiges und zentrales Element der internationalen Stabilität und Sicherheit angesehen. Putin bezeichnete den Vertrag als «Eckstein internationaler Sicherheit». Der russische Präsident betrachtete die Kündigung dieses Vertrages zwar nicht als Bedrohung des Landes. Die Gefahr ortete er an einem anderen Ort: Heute gehe die Bedrohung nicht mehr von Staaten aus, sondern vom internationalen Terrorismus, und wenn man den effektiv bekämpfen wolle, müsse man nach Wegen suchen, diese Anstrengungen zu bündeln und sich nicht in nationalen Alleingängen verzetteln. Putins Vertrauen und Pragmatismus orientieren sich an Russlands langfristigen Interessen, weshalb bezüglich der Kündigung des ABM-Vertrages nur leiser Protest erhoben wurde. Stehen wir vor einer mittelfristigen und schrittweisen Integration Russlands in die westliche Werte- und Interessengemeinschaft? Wir wissen es noch nicht genau, doch einige Anzeichen geben entsprechende Hinweise dafür – jedenfalls in dem Masse, dass wir unser traditionelles Bild über Russland einer Revision unterziehen müssen. ■

Zwei Jahre ohne Militärdienst:

Der SCHWEIZER SOLDAT hält Kaderangehörige auf dem laufenden.

In zwei Jahren passiert viel: auf nationaler und internationaler Ebene, im militärischen und politischen Bereich – und in der Ausbildung. So ist es für Kaderangehörige der Schweizer Armee von grösster Bedeutung, stets über alles Wesentliche informiert zu sein. Genau das bietet Ihnen der SCHWEIZER SOLDAT, die unabhängige Monatszeitschrift für das Kader unserer Armee: mit aktueller und kompetenter Berichterstattung über die neusten militärpolitischen Entwicklungen, mit wertvollen Informationen über das allgemeine militärische und politische Geschehen im In- und Ausland – und mit konkreten Führungsbefehlen. Alles in allem für nur Fr. 58.50 pro Jahr. Und dazu offerieren wir Abonnentinnen und Abonnenten des SCHWEIZER SOLDAT die international gültige VISA-Kreditkarte zur hal-

ben Jahresgebühr von Fr. 50.–. Wir würden uns freuen, auch Sie zum Kreis unserer engagierten Leser zählen zu dürfen.

Bestellcoupon

- ☐ Ich möchte den SCHWEIZER SOLDAT während 3 Monaten gratis kennenlernen.
- ☐ Ich möchte den SCHWEIZER SOLDAT gleich abonnieren.
- ☐ Ich möchte zusätzlich zum Abonnement die VISA-Kreditkarte zur halben Jahresgebühr. Bitte senden Sie mir einen Kartenantrag.

Name/Vorname:

Strasse:

Ort:

Militärische Funktion:

Datum/Unterschrift:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

Schweizer Soldat
Postfach 3944
6002 Luzern